

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

49 (27.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252590](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252590)

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 M
für 2 Monate 1,40 "
für 1 Monat 0,70 "
erst. Heft 10 Pf.

9. Jahrgang.

(Fortsetzung folgt.)

Bant, den 26. Februar.

Nachdem am Sonnabend der Reichstag einen Ruhestag, wahrscheinlich wegen des vom Hofe arrangierten Wohlthätigkeits-Konzertes, das am Sonntag in der Wandelhalle des Reichstages stattfand, sich gedauert hatte, sind gestern die Beratungen wieder aufgenommen worden. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation des Abg. Richter über die Ausschreibung der Reichstagswahl im zweiten Wahlkreise des Großherzogthums Sachsen-Weimar. Die Weimarer Regierung wollte nämlich bei dieser Wahl die Wählerlisten vom 15. Juni 1893 benutzen, was ungesetzlich ist. Die Interpellation wurde durch eine Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher im vornherein erledigt. Dieser erklärte, daß die preussische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß wenn seit der ursprünglichen Wahl ein Jahr verlossen sei, neue Listen aufgestellt werden müßten. Auf eine diesbezügliche Vorstellung bei der weimarerischen Regierung habe diese telegraphisch mitgeteilt, daß der Wahltermin aufgehoben sei und neue Listen angefertigt würden. Damit gab auch Richter sich zufrieden. Dann folgte die erste Beratung der Reichsfinanzreform. Dieser Gegenstand war im vorigen Jahre schon den Reichstag beschäftigt, ist aber abgelehnt und dann wie die Tabaksteuervorlage umgewandelt worden. Derselbe soll die Ueberweisungen der Ueberschüsse aus den indirekten Steuern an die Einzelstaaten im Verhältnis zu den Matricularbeiträgen regeln. Der Schatzsekretär Graf Posadowsky vertrat die Vorlage, während sie vom Abg. Richter bekämpft wurde. In die Debatte wurde durch den Staatssekretär sowohl die Tabaksteuervorlage, als auch die Frage, mer die Höhe der Militärvorlage bezahlet solle, gezogen. Die Tabaksteuer, meinte er, würde nicht so schlimm, als behauptet werde und seien es keine schwarzen Schulten, welche die Steuer zu tragen hätten. Er habe aber das Gefühl, als ob heute alles schaltrisch wäre, selbst die Millionäre. Dann meinte der Staatssekretär: für die Deckung der Kosten der Militärvorlage müßten auch diejenigen sorgen, welche bei der Militärvorlage in der Minorität geblieben. Das sei ja gerade die Grundlage des Parlamentarismus, daß die Minorität der Majorität die Füße. Das ist recht schon gesagt, aber alles hat seine Grenzen. Nach Richter sprach der Bundesbevollmächtigte für Bayern v. Stengel und die Abgg. Dr. Lieber und v. Frege. Darauf wurde die Beratung vertagt. Der Präsident theilte mit, daß der Abgeordnete für Dresden-Land, Hähnchen, Antikemit, sein Mandat niedergelegt habe.

Aus den Reichstagskommissionen. Die Gewerbeordnungscommission berathet am Freitag Artikel III der vorgelegten Novelle, der einen Zusatz zum § 33 der Gewerbeordnung vorschlägt. Dieser Paragraph bestimmt, daß zum Betriebe einer Gewerkschaft, Schaftwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus eine Erlaubnis erforderlich ist, die nur dann verlag werden soll, wenn gegen den Nachsuchenden Vorwürfe vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Böhler, des verbotenen Spiels, der Geheißel oder der Unlauterkeit mißbrauchen werde, und zweitens, wenn das Lokal wegen seiner Beschaffenheit und Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt. Ferner wird den Landesregierungen die Befugnis eingeräumt, die Erlaubnis zum Ausschütten von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein und in den Orten mit weniger als 15000 Einwohnern auch die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft und zum Ausschütten von der Befugnisfrage abhängig zu machen. In der Vorlage wird nun der Zusatz beantragt, daß diese Befugnisse haben, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Dieser Paragraph wurde in der Sitzung der Regierungsvorlage mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, dazu jedoch noch ein Antrag des Abg. v. Hollefeld, welcher lautet: „Die nach Artikel III den Landesregierungen vorbehaltenen Anforderungen können auf solche Konsum- und andere Vereine erstreckt werden, die beim Erlaß dieses Gesetzes den Ausschank geistiger Getränke oder den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben“. Sodann wurde die Beratung über Artikel IV der Novelle begonnen, der eine Verschärfung des § 35 der Gewerbeordnung dahingehend enthält, daß Trüdelhandel (Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten und gebrauchter Wäsche, Kleinhandel mit altem Metallgeräth, Metallbruch und dergl.), sowie der Kleinhandel mit Garnatfällen, oder Dräumen von Seide, Wolle, Baumwolle, oder Leinen, der Kleinhandel mit Bier, der Handel mit Dynamit und der Handel mit Drogen und chemischen Präparaten unterlag werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Betrieb darthun. Von verschiedenen Seiten wurde die Dehnbarkeit des Begriffes „Unzuverlässigkeit“ beanstandet. Es kam jedoch nicht zum Abschluß der Diskussion. — In der Justizcommission des Reichstages wurde am Freitag die Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz fortgesetzt und nach längerer Debatte § 123 in der von der Regierung beantragten Fassung angenommen. Danach werden die Oberlandesgerichte zukünftig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Berufung gegen Urtheile der Strafakammern in erster Instanz, (Wider: der Revision gegen Urtheile der Strafakammern in der Berufungsinstanz). Ferner werden die Oberlandesgerichte zukünftig für die Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafakammern in der Berufungsinstanz. (Wider: der Revision gegen Urtheile der Strafakammern in erster Instanz, sofern die Revision ausschließlich auf die Verurteilung einer in den Landesgesetzen enthaltenen Rechtsnorm gerichtet wird). — Ein Antrag des Abg. Spahn (Zentr.), Berufungsakammern bei den Landgerichten einzuführen,

wurde abgelehnt. — Die Tabaksteuercommission hat sich konstituiert und besteht aus 15 Gegnern, 13 Freunden. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Frigen und zu seinem Stellvertreter Graf Holstein gewählt.

Der Kaiser hat bei dem Gastmahl, das am Sonnabend der brandenburgische Provinziallandtag gegeben, wieder eine Rede gehalten, in welcher er betonte, für den Bauernstand dauernd etwas Nützliches schaffen zu wollen. Jedoch möchte er dringender warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen, oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand könne beanspruchen, auf Kosten des anderen besonders bevorzugt zu werden; der Landbesitzer habe die Aufgabe, die Interessen aller Stände gegeneinander abzumäßen, zu vermitteln, damit das Allgemein-Interesse gewahrt bleibe. Trotz der Enttäuschungen glaube der Kaiser und König immer noch an seine soziale Mission, an das „soziale Königthum“. Die Konservativen, Agrarier und Bauernbündler sind über diese Auslassungen des Kaisers gar nicht erbaut, denn sie sehen darin, und nicht mit Unrecht, eine Zurückweisung des Antrags Raut. Daher schreibt denn auch die „Kreuzzeitung“, getreu ihrem Wahlspruch: „War dem König abhold, wenn er unsern Willen thut“, daß die Rede des Kaisers bei den Landwirthen keinen freundlichen Wiederhall finden könne. Das glauben wir und fügen hinzu, daß der Kaiser mit seinem Bauernthum gerade so wenig Glück haben wird, wie mit dem Arbeiterschuß. Das soziale Königthum ist eine Utopie.

Im preussischen Ministerium herrscht offenbar über wichtige Fragen des öffentlichen Lebens eine sehr verschiedene Anschauung. Die Einheitlichkeit derselben besteht trotz aller gegenseitigen Versicherungen nicht. Bei Eröffnung des Handelsjahres hielt Minister v. Bötticher am Freitag eine Rede, in welcher er die neuen Handelsverträge feierte und dem Handelsvertrag dankte für die Unterzeichnung der Regierung bei der Durchführung dieser Politik. Der internationale Austausch der Arbeit würde außerordentlich gefördert worden sein, wenn die Handelsverträge abgelaufen wären ohne Erneuerung. Damit vergleiche man, was der Landwirtschaftsminister v. Hammerstein in seiner Programmrede im preussischen Abgeordnetenhaus sagte. Er bekannte sich offen als Gegner der Handelsverträge, die er nur nothgedrungen, weil sie bestehen, respektive. Einen schärferen Gegenstand der Meinungen kann man sich nicht denken. Gleichwohl hat der Reichskanzler Fürst Hohenlohe am 22. Januar im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Minister „in prinzipiellen Fragen in ihren Anschauungen übereinstimmen“. — Ob die Handelspolitik nicht als „prinzipielle Frage“ gelten soll?

Die Finanzminister der Einzelstaaten ringen jetzt überall über die Frage, um den Mangel an Reichssteuerplan Vorparan zu leisten. Auch im württembergischen Landtag, der am Mittwoch eröffnet wurde, sprach der Finanzminister in seinem Eröffnungs-„Bericht“ aus nach Verhängung seitens der verbündeten Regierungen mit dem Reichstage über eine „festere Regelung des Verhältnisses der Finanzen des Reiches zu denen der Einzelstaaten“. Er berechnet den Ertrag der neuen Tabaksteuer vorläufig auf 35 Mill. Mark, wovon 1400 000 Mark auf Württemberg entfallen würden. Schließlich wurde die Nothwendigkeit einer Reform der Steuern und des Finanzwesens betont. Es ist zu wünschen, daß der Reichstag sich von diesen Ragselreden nicht imponiren läßt.

Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Dießau-Verden wurde Oberpräsident Graf Stolberg (Kons.) mit großer Majorität gewählt. Stolberg erhielt nach den bisherigen Feststellungen 11 256 Stimmen, Dau (Fdp.) 3495, Ehardt (Soc.) 1000, Borde (Bund der Landwirthe) 98 Stimmen. Es stehen nur noch wenige Bezirke aus.

Gegen die Tabaksteuer vorlage finden in Berlin am nächsten Donnerstag acht öffentliche Volksversammlungen statt.

Die „Post“ und der Fall Stumm und Liebknecht. Das verlässliche Blatt Deutschlands, König Stumm's „Post“, schreibt in einem „Propheten Wagner und die Zukunft“ betitelten Artikel: „Drollig nur ist es, wenn er dem Gegner vormitt, dieser habe unter dem Schutze der Redefreiheit beleidigt, und als Freiberger v. Stumm sich dann zur vollen Verantwortlichkeit stellt, da ist es Professor Wagner, der von dieser Verantwortlichkeit keinen Gebrauch macht, während seine gute Freundin, „Das Volk“, in denunziatorischer Weise nach dem Staatsanwalt schreit und verlangt, daß diese Behörde noch einmal ihr Glück mit der Immunität der Abgeordneten versuchen soll, da doch eben erst der Reichstag diese Immunität, sogar gegenüber einer groben Majestätsbeleidigung, anerkennen erhalten hat!“ — Liebknecht hatte in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in offener Sitzung des Reichstages diese angeblich grobe Majestätsbeleidigung begangen, er war nach Ansicht aller, die etwas davon verstehen, durch die Immunität geschützt, während König Stumm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nicht geschützt war, als er tölpelhafter Weise den Professor Wagner zum Duell gefordert hat. So seltsam es der Staatsanwalt im Falle Liebknecht hatte, so faunselig war er, als es galt, König Stumm zu verurtheilen.

Zum Fall Becker, des vom Militärgericht in Mainz zu drei Jahren Gefängnis verurtheilten Genschen, sendet das Generalcomando des 11. Armecorps in Kassel dem „Vorwärts“ folgende Berichtigung: „Der vormalige Kanonier H. Becker ist nicht unschuldig, sondern, weil er mit der Pistole im Munde zum Koffer-Entpacken angetreten ist, disziplinarisch mit drei Tagen militärem Arrest bestraft worden, und seine Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis ist nicht wegen der Kritik des Beschwörers erfolgt, sondern wegen einer Reihe von Ausfährungen, durch welche er sich in größtlicher Weise gegen § 102 Militär-

St.-G. vergangen hat. Der kommandirende General: Böttich.“ Der § 102 des Militär-Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich lautet: „Wer es unternimmt, Mißvergnügen in Beziehung auf den Dienst unter seinen Kameraden zu erregen, wird, wenn dies durch mündliche Ausfährungen geschieht, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.“ — Ist die Handlung durch Verbreitung von Schriften, Darstellungen oder Abbildungen oder ist sie im Falle begangen, so ist auf mittleren oder strengen Arrest nicht unter 14 Tagen oder auf Gefängnis oder Festungshaft bis zu fünf Jahren zu erkennen.“ — Da der zweite Theil nicht in Frage kommt, hatte Becker in seinem Briefe Recht, daß er zum höchsten Strafmass verurtheilt sei.

Die bürgerliche Journalistik und die Umfuryvorlage. Der Verein „Berliner Presse“, die nächste Vereinigung der bürgerlichen Tagesblätter Berlins, hat seinem Rahmungskomitee ein neues Blatt eingefügt, wie folgende Mitteilung der „Berliner Zeitung“ beweis. Das Blatt schreibt über die am letzten Mittwoch stattgefundene Versammlung des Vereins: „Aus der Mitte der Versammlung wurde am Ausfankt ersucht, ob die von der „Berliner Zeitung“ gebrachte Mitteilung auf Wahrheit beruhe, wonach der Vereinsvorstand mit drei gegen zwei Stimmen es abgelehnt habe, die Umfuryvorlage zum Gegenstand der Beratung zu machen. Es wurde erwidert, daß der Vorstand mit Rücksicht darauf, daß in dem Verein die verschiedensten politischen Richtungen vertreten seien und es sich bei der Umfuryvorlage um eine wesentlich politische Frage handle, es nicht für angezeigt erachtet habe, ex officio die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu bringen. Nach Ansicht des Vorstandes müßte es den einzelnen Mitgliedern überlassen bleiben, event. einen bezüglichen Antrag zu stellen. Inzwischen ist ein Antrag Stephan Bollrat und Genossen an den Vorstand gelangt: Den Protestbeschluß des Münchener Journalistenvereins gegen die §§ 111a und 130 ad 2 der Umfuryvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsversammlung zu setzen. Diefem Antrage konnte der Vorsitzende zur gestrigen Versammlung nicht entsprechen, weil er in formaler Beziehung keinen Anforderungen nicht entsprach. (?) Auf Grund eines neu formulierten Antrages dürfte nunmehr die Besprechung der Umfuryvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden.“ — Der Vorstand des Vereins scheint demnach eine mächtige Angst vor der Debatte zu haben. Und das wollen die Führer der freien Meinungsäußerung sein!

Uebersicht der deutschen Schiffsmannschaft und der Untergang von Schiffen. In einem dem Untergang der „Elbe“ gewidmeten Artikel des „Grenzboten“ findet sich folgende Aufzählung:

Bei dieser Gelegenheit ist darauf hingewiesen, daß auf den englischen Schiffsregistern die Bezeichnung in drei Abtheilungen vorhanden ist, auf den deutschen dagegen nur in zwei, obgleich der ungenügende Schwierigkeit Weg durch die Raster und die Straße von Dover für die englischen Schiffe verlagert. Der deutsche Schiffsregister hat täglich zwölf, der englische nur acht Stunden Dienst. Für den Deutschen wechseln die Stunden Arbeit auf Deck mit vier freien Stunden zum Essen, Schlafen etc., in Betracht der hohen Anforderungen des Dienstes offenbar keine gesunde Einrichtung; sie ist aber von den deutschen Seemannsvereinen bisher vergeblich bekämpft worden.“

An Menschen und Arbeitszeit wird immer gespart, bei den Eisenbahnen ebenso wie bei der Schiffsahrt. Unabgesehen ist darauf hingewiesen worden, daß zahlreiche verhängnisvolle Unglücksfälle vermieden worden wären, wenn Schiffs- bezw. Eisenbahnpersonal nicht bis zur Ermüdung überarbeitet wären. Aber all dies hat nichts geholfen, es hat lediglich die Anlageneuere wegen unzureichender Wirtschaftsförderung vermehrt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm gestern zur Strafgeseznovelle die Hauptstücke „Majestätsbeleidigung“ und „Strafbare Handlungen gegen befremdete Staaten“ an. Einem von Bocai gestellten Antrage, wonach der Staatsverrath als politisches Verbrechen nur mit Staatsgefängnis bestraft werden soll, bekämpfte Justizminister Graf Schönborn, indem er meinte, die Staaten müßten für kräftige Mittel der Vertheidigung gegen äußere und innere Feinde sorgen. Bei dem Kapitel „Majestätsbeleidigung“ sagte der Justizminister, ein Staat wie Oesterreich habe und solle mit dem Monarchen und der Dynastie, Angriffe auf dieselben müßten daher auch aus allgemeiner Rücksicht streng bestraft werden. — Auch in Oesterreich wird weiter „umgeführt“!

Budapest, 24. Febr. Im ungarischen Abgeordnetenhaus ging es am Freitag wieder sehr lebhaft her. Bei der Beratung des Finanzgesetzes für 1895 bekämpfte Apponyi, die Lage des Landes sei ungelöst; hiergegen seien die Neuwahlen kein Remedium; die Fusion als eine einfache Vereinigung heterogener Elemente vermündere eher die Aktionsfähigkeit des Parlaments. Die Regierung sei unfähig, das Verstehe des ungarischen Staates nach Außen vollständig zu wahren; er lehne die Vorlage ab. Im Laufe der Sitzung fanden stürmische Szenen zwischen Abgeordneten der Linken und dem Präsidenten Szilasyi statt.

Belgien.

Brüssel, 25. Febr. Auf dem gestern stattgefundenen Kongreß der belgischen Sozialdemokratie waren nach der „R. Ztg.“ vertreten 409 Gruppen mit 575 Abgeordneten, darunter mehrere Frauen und ein Soldat in Uniform. Vorsitzender war der Deputierte Desportes. Auf der Tagesordnung standen das Gemeinbewahlgesetz und die Ronggo-Vorlage. In 1. erklärt Alfred Desportes Namens des gesammten Ronggo-Bezirkes, derselbe habe einstimmig den allgemeinen Ausfank beschlossen, falls die Kammer nicht das gleiche, allgemeine Stimmrecht mit 21 Jahren beschleße. Zahlreiche Abgeordnete der Sozialdemokratie erklärten Namens ihrer Gruppen dasselbe, während einige landliche Abgeordnete es für unmöglich erklärten, in den Ausfank

mit eingetreten. Bei Beginn der Nachmittagsitzung wurde folgende Tagesordnung des Generalrats einstimmig angenommen: Der Kongress, einig für den allgemeinen Ausdruck, beschließt die schleunige Berufung aller Parteigruppen behufs Beschlusfassung hierüber. Im Falle der Ablehnung des allgemeinen Stimmrechts durch die Kammer bleibt es den Parteivertretern die Vollmacht, den Zeitpunkt des Austrittes des Auslands zu bestimmen. Zur Kongressvorlage nahm der Kongress einen sich gegen die Vorlage richtenden geharnischten Protest an.

Frankreich.

Paris, 24. Febr. In der Deputiertenkammer richtete der Genosse Sembat eine Interpellation an die Regierung über den Aufstand in Rouanne, der jetzt beendet ist, und beklagt sich, daß die Arbeitgeber das Syndikatsgesetz nicht beabsichtigt hätten. Bedauerlich sei auch die Verwendung von Truppen gegen die Aufständigen. Der Minister des Innern, Leygues, verteidigte die Haltung der Arbeitgeber. Der Minister verlangte die einstige Tagesordnung, welche mit 392 gegen 103 Stimmen angenommen wurde. Eine Vongesetzgebung und Vongesetzvertretung wird ihre Goldschärfen nicht in Stich lassen, mag nach so schwere Gefährdung auf ihrer Seite sein.

England.

London, 25. Febr. Ein weiterer kleiner Fortschritt des Achtstundentages ist zu berichten. Der Postminister hat denselben kürzlich in den staatlichen Telegraphenfabriken von Holloway und Mount Pleasant eingeführt. Die Liberalen denken an die Wahlen und die Arbeiterstimmen!

China.

— Vom Kriegsschauplatz. Nach Meldungen aus Shanghai berichtet der dort von Tschifu eingetroffene englische Konsul „Morris“: Die Japaner zerstörten alle Landbefestigungen von Wei-hai-wei. Die Häfen von Lung-tao sind unbeschießbar. — Die „Times“ meldet aus Tientsin vom 25. Februar: Der amerikanische Missionar Reid in Peking hatte eine Zusammenkunft mit der Majorität des großen Rates, dessen Mitglieder sämtlich lebhaft Frieden wünschten. Hauptmann v. Dannelen gab die Organisation der Armee auf, in Folge des obstruktiven Vorgehens der chinesischen Beamten. — Nach einer Reutersmeldung aus Yokohama griffen die Chinesen in einer Stärke von 17 000 Mann und 20 Kanonen kürzlich Taitsheng an; die japanischen Batterien brachten indessen die feindlichen Kanonen zum Schweigen, worauf sich die Chinesen zurückzogen.

Landwirtschaftliches.

Rindviehhaltung in Ostfriesland.

Der Fläche nach finden sich in Ostfriesland auf je 1000 Hektar 475 65 Haupt Rindvieh. Abgesehen von der Stadt Berlin, die als Sitz des bedeutendsten Viehhofes nicht in Betracht kommt, wird unser Viehzuchtgebiet in dem Umfange der Rindviehhaltung von keinem anderen Bezirke des preussischen Staates erreicht. Der nächste Bezirk, Schlesien, folgt mit 433 50 Haupt Rindvieh auf der gleichen Fläche. In den einzelnen Kreisen finden sich auf je 1000 Hektar der Gesamtfläche:

Wittmund	419,79 Haupt Rindvieh,
Norden	421,23 „ „
Emden Stadt	727,87 „ „
Emden Land	499,15 „ „
Kurisch	516,90 „ „
Leer	471,36 „ „
Weener	573,64 „ „

Auch bei einem Vergleich der Einwohnerzahl mit der Viehzahl steht Ostfriesland beinahe an der Spitze; es wird nur von dem kleinen Bezirk Sigmaringen übertroffen, wo auf 1000 Einwohner 718,39 Haupt Rindvieh entfallen, während Kurisch mit 677,63, Schlesien mit 675,30 Haupt folgen. In den einzelnen Kreisen entfallen auf je 1000 Einwohner:

Wittmund	656,67 Haupt Rindvieh,
Norden	503,85 „ „
Emden Stadt	63,45 „ „
Emden Land	955,69 „ „
Kurisch	896,98 „ „
Leer	662,06 „ „
Weener	814,84 „ „

Hiernach finden sich, wenigstens im Winter, die stärksten Viehbestände bei den Landwirthen des Kreises Emden. Da sich der Umfang unserer Viehhaltung im Sommer erheblich vermehrt, dürfte eine Zählung in dieser Jahreszeit ein anderes Bild ergeben.

Aus Stadt und Land.

Bant, 26. Febr. Der gestrige Postnachricht-Montag ist hier recht ruhig und still vorüber gegangen. Die Karnevals-Gesellschaft „Fidelitas“ scheint sich aufgelöst zu haben,

wenigstens hat sie keinen Umzug arrangiert. Jedenfalls aber konnte sie nach den Erfahrungen bei den in den letzten Jahren gemachten Versuchen erkennen, daß für den Karnevals-Karneval in der hiesigen Bevölkerung keine große Sympathie herrscht. Gestern Abend war auf den Straßen allerdings mehr Leben durch die ganz und halb maskierten Teilnehmer der Masken- und Karnevalzüge, die alle auf die Lust gemessen sein sollten und auch recht gemütlich verlaufen sind.

Bant, 26. Febr. Endlich wird die schnellere Verbindung zwischen Wilhelmshaven und Berlin über Nienstedt, also wie sie früher hatten, wieder hergestellt und der ausgefallene Schnellzug Nr. 111 wieder eingefügt. Derselbe fährt von Bremen ab 10.07 Uhr Vormittags und hat der erste Zug von Wilhelmshaven, der dort 6.17 Uhr Morgens anfährt, Anschluß. In Berlin kommt der Zug an 4.46 Uhr Nachm., während man bisher, d. h. so lange der Schnellzug ausgefallen war, erst 7.47 Uhr Abends dort ankam. Der entsprechende Zug geht aus Berlin 7.47 Uhr Morgens, aus Stendal 10.04 Uhr Vormittags, ist 2.01 Uhr Nachm. in Bremen und 5.15 Uhr Abends hier, bzw. in Wilhelmshaven. Wir bekommen also die Post, die Morgens von Berlin abgeht, wieder an demselben Tage und nicht mehr, wie in den verflochtenen vier Monaten, erst am folgenden Tage.

Bant, 26. Febr. Die „Wes. Ztg.“, die fortwährend und das häufig in recht kindlicher Weise, über die Gleichmacherei der Sozialisten und Kommunisten sich lustig macht, predigt jetzt in pathetischem Tone auch die Gleichmacherei und verurteilt sehr hart eine Ungleichheit, deren Ungerechtigkeit die bösen Sozialisten schon vor 24 Jahren dargelegt und kritisiert haben. Die „Wes. Ztg.“ findet endlich, daß es nicht in der Ordnung sei, wenn die Witwen unserer Kriegseinsoldaten bzw. der im Krieg fürs Vaterland Gefallenen mit 180 Mk. abgefunden werden ohne Rücksicht darauf, welchen Erwerb sie im Leben gehabt, während man den verabschiedeten Generalen 10 bis 16 000 Mark Pensionen gebe und unter die Heerführer 12 Millionen Dotationen nach dem Kriege von 1870/71 verteilt habe. Die „Wes. Ztg.“ hat mit ihrer Kritik gewiß Recht und auch mit dem Verlangen, daß die Witwen der im Kriege gefallenen Soldaten und Offiziere besser versorgt werden; aber sie sollte doch wissen, daß diese Ungleichheit weiter nichts ist, als der Abklang unserer gesellschaftlichen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Es ist erfreulich, daß der „Wes. Ztg.“ obige Erkenntnis, wenn auch spät, gekommen ist. Wenn sie nur anhielte und auch auf andere Verhältnisse sich erstreckte. Daran aber müssen wir zweifeln.

Wilhelmshaven, 26. Febr. Der Verein „Fortuna“ wird am 9. März in der „Hofa“, Herrn Weisk's Saal, sein Wintervergnügen abhalten, auf das wir an dieser Stelle aufmerksam machen. Der Ueberflus soll zum Besten der Hinterbliebenen der mit der „Elbe“ verunglückten Belagung verwandt werden.

Wilhelmshaven, 26. Febr. Bei den Beratungen der Budgetkommission über den Marineetat führte u. A. bei einer Gelegenheit der Staatssekretär Söhlmann aus, daß die großen Eisenwerke die Marineverwaltung um Arbeit beschürften und keinen erheblichen Verdienst beanspruchten. Krupp in Essen wolle das Material zum Selbstkostenpreise liefern. In der Panzerung würden Platten von Nickelstählen genommen, die nach einem neuen auf den Krupp'schen Werken entdeckten und probierten Verfahren bereitgestellt seien, daß die Geschosse nicht durchdringen, sondern daran zerbrechen. Es ist also hier dieselbe Geschichte, wie beim Schiffbau. Die Produktivität der Eisenindustrie ist so groß und die Gesellschaft kann zu Kulturzwecken diese Produktivität nicht ausnützen. Die Werkbesitzer müssen den Moloch Militarismus anbeten, von dem Ueberflus, der sie zu erstickt droht, etwas abzunehmen.

Wilhelmshaven, 26. Februar. Zur Alters- und Invaliditätsversicherung. Bekanntlich bestimmen die §§ 30 und 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, daß nach 5 Beitragsjahren weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt sind, sowie den Hinterbliebenen von verstorbenen männlichen Personen die Hälfte der für die betreffenden Personen entrichteten Beiträge zurückzufallen ist. Da das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz am 1. Januar 1891 in Kraft getreten ist und das Beitragsjahr nur 47 Wochen umfaßt, so wird in der Mitte des laufenden Jahres der Zeitpunkt eintreten, von welchem Zeitpunkt ab die Rückerstattung der Renten zu erfolgen hat. Dem Vernehmen nach hat das Reichsversicherungsamt für die hieraus entstehenden Arbeiten bereits Vorbereitungen getroffen. Es ist von ihm ein Entwurf der für die Erstattungen zu erlassenden Vorschriften ausgearbeitet. Darin wird die Art und Form der für die Erstattung notwendigen Rechnungsführung bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten behandelt. Die Erstattungsarbeiten dürften danach ohne weitere Schwierigkeiten vollzogen werden können.

Schortens, 26. Febr. Laut einer Bekanntmachung des Gemeinderatschreibers werden am 4. und 5. März d. J. in dessen Wohnung Nachmittags von 3 bis 6 Uhr folgende Steuern erhoben: Der Beitrag zur Amtsverbandssache pro 1894/95, als 18 Prozent der Einkommensteuer, 18 Prozent der Einkommensteuer und 4 Cent 25 Pf., zur Armenkasse 60 Prozent der Einkommensteuer, sowie die Hundsteuer pro 1895.

Oldenburg, 26. Febr. Am letzten Sonntag fand im Hotel „Zum deutlichen Kaiser“ eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit dem Tabakfabrikationsgesetz beschäftigte. Der Besuch war trotz des zeitgemäßen Themas nur ein mäßiger. Genosse Jansen aus Bremen referierte über die drohende Tabakfabrikationssteuer und entlegte sich seiner Aufgabe ganz vorzüglich. Er wies auf all' die Folgen hin, welche die Vorlage, im Falle sie Gesetz werden sollte, mit sich bringen würde. Nach dem Referate wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Erwägung, 1) daß durch eine neue Besteuerung des Tabaks, welcher Art und Form sie auch sei, der Konsum wesentlich zurückgehen und dadurch ein höherer Ertrag in Frage gestellt würde; 2) daß dadurch Tausende und Abertausende von Arbeitern brotlos gemacht werden und durch diese wieder die Löhne der Beschäftigten, bleibenden noch weiter herunter gedrückt werden, protestiert die heute im „Deutschen Kaiser“ tagende öffentliche Volksversammlung energisch gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, sowie gegen jede indirekte Besteuerung überhaupt und erwartet von den Volksvertretern im Reichstag die Ablehnung einer jeden Mehrbelastung des Volkes.

Wenn nun der Besuch der Versammlung unseren Wünschen auch nicht entsprochen hat, so hat sie doch Gelegenheit gegeben, die hiesigen Tabakarbeiter zu organisieren, indem gleich nach Schluß der Versammlung eine Anzahl Tabakarbeiter eine Mitgliedschaft des Tabakarbeiterverbandes gründete und war somit der Erfolg ein guter.

Vermischtes.

— Zug-Entgleisung. Der auf der Anhalter Bahn am Sonnabend um 1 Uhr 45 Minuten abgegangene Zug ist auf der Station Bitterfeld bei der Weiche 1 entgleist. Die Lokomotive und die ersten vier Wagen kamen aus den Schienen und wurden zum Teil umgeworfen; der Führer brach den Arm und von den Reisenden wurden eine Frau und ein Kind verletzt. Die Reisenden mußten um Theil durch die Fenster herausgeholt werden. Der Verbleib ist durch den Unfall sehr gestört worden.

Literarisches.

— „Prostitution oder Produktion. Eigentum oder Ehre?“ Eine Studie zur Frauenbewegung von Johanna Worems, 209 Seiten 8°. M. 1,50. — Der wertvolle Inhalt des Buches ist in Kurzem folgender: Es ist die Frage zu klären, an die wir in der ganzen öffentlichen Zeit alle Ehren und Würden, welche die Gesellschaft zu vergeben hat, anknüpft liegen. Das fruchtbarste Werk konnte also keine gesellschaftliche Stellung erringen. Die Kriegsunfähigkeit des Weibes ist aber in dessen eigentlicher Natur, in seiner tiefsten Kraft begründet, in seiner Mutterliebe; das Weib kann das von ihm Geborene nicht tödten. Das so aus dem öffentlichen Leben ins Haus gedrängte Weib arbeitet, hat aber den Betrag seiner Arbeit nicht, es ist wirtschaftlich abhängig. Diese Abhängigkeit des Weibes führt wiederum zu anderen Ungleichheiten, führt besonders zu der Prostitution. Erst mit dem Fortschreiten der Kriege und wenn dem Weibe für seine Mitwirkung an den Geschäften des Friedens der volle Ertrag seiner Arbeit gezahlt ist, wird die Stellung der Frau eine der Stellung des Mannes gleichberechtigt sein können. Prostitution ist also eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frau, die Produktion wird sie aus dieser Abhängigkeit befreien. Eigentum des Mannes ist die Frau heute, erst bei Freiheit der Frau kann von einer Ehe, als von einem ständigen freien Vertrag, welcher Liebe zur Voraussetzung hat, die Frau sein. Außerdem von einer Beziehung über die tiefe Entschädigung des Weibes — die Prostitution — freigeht die Verflechtung aller Lebensverhältnisse mit demjenigen freimut aus, den wir endlich auch von der Frau fordern müssen, wollen wir anders je ihre Eigenart, ihre Gedankenwelt, ihr Urtheil und ihre Wünsche kennen lernen. Wie die demütigste Stellung der Frau in ihrer eigenen inneren Natur, in ihrer Mutterliebe ihre letzte Ursache hat, so kann diese Demütigung nur mit der Befreiung der Kriege ein Ende haben — im Sozialismus.

„Der Naturarzt.“ Selbstständige Monatshefte des Deutschen Bundes der Naturärzte für Gesundheitspflege und für ärztliche Heilmittel. Berlin N., Antonplatz 8. Auflage 55 000. Preis ganzjährig 2 Mk. bei allen Buchhändlern und Buchhandlungen. Aus dem Inhalt des Märzheftes geben wir hervor: 1. Aus Effenbach und Leben. Bekanntmachung der Prüfungs-kommission. — Dr. med. Hader. Ein Lebensbild v. Schach. — Der Blutkreislauf und seine Organe (mit 10 Abbildungen). M. Sieger. — Heilung einer Augenentzündung. Dr. med. Frey. — Zwei Altkinder zum Verarmungsrecht. — Zur Kneipe. Wilsch. — 2. Fragekasten. Schrotbrod. — Wilsch. — 3. Bundesnachrichten. — 4. Aus der Zeit. Von der v. Summerrmannschen Kommission. — Aus der Städtischen Anstalt zu Berlin. — Ein Gegner der Frauen. — Bismarck! — Sicht Rüggeleit. — Gumpel. — Zur Hygiene der geistigen Arbeit. — Sieg in Bern. — 5. Bücherchau. — 6. Heilquellen. Sprüche. v. Rappert und Sabat. — 7. Briefkasten. — 8. Bundes-Kalenderbericht für 1894.

Briefkasten.

D., Oldenburg: Du hast verpöcht, die genaue Zahl der „Nordwestdeutschen“ anzugeben. Belege es umgehend.

Wer ein gutes Bett

Vertrauen entgegen bringen; wir würden dieses Vertrauen, welches wir uns im Laufe der Zeit durch unsere Reellität erworben haben, aufs Spiel setzen, wenn wir uns dazu verstanden, mit Schundwaare zu handeln. Man kann nur in den Geschäften wirkliche Vortheile finden, in denen der große Umlauf das billige Einkaufen von Waare ermöglicht.



Wulst & Frandsen.

Anfertigung und Lager

feinster

**Herren- und Knaben-
Garderoben.**

Sämmtliche Herrenbedarfsartikel

als: Hüte, Mützen, Schirme,
Wäsche, Shlipse, Unterzeuge.**M. KARIEL**

Wilhelmshaven

Stadttheil Neubremen, Neue Wilhelmshavener Str. 1.

Der Verkaufgeschieht zu unerreicht
niedrigen, jedoch streng
festen Preisen. Meine
langjährige Thätigkeit
am hiesigen Platze bürgt
für strengste Reellität.**Bekanntmachung.**

Folgende Hebungssätze, nämlich:

1. einer Schulumlage nach der Einkommensteuer pro 2. Semester 1894/95 gleich 80 Prozent der Jahressteuer,
 2. einer Kirchenumlage desgleichen gleich 9 Prozent der Jahressteuer
- liegen während der Zeit vom 27. ds. bis inkl. 12. n. Mts. im Rost'schen Gasthause hieselbst zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aus. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit derselben sind binnen gleicher Frist bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Heppens, 26. Februar 1895.

**Der Schulvorstand und
Kirchenrath.**

Dr. Holtermann, Pastor

Immobilien-Verkauf.Begen beabsichtigten Umzugs will der
Maurermeister **J. Japfe** zu Bant seine
am Panter Wege beim Schützenplatze zu
Bant belegenen**Immobilien**

nämlich:

1. ein noch ziemlich neues,
zu mehreren schönen Wohn-
ungen eingerichtetes Haus
mit Garten,
2. ein zu zwei Wohnungen
eingetragenes Haus nebst
großen Stallräumen und
ca 2 1/2 Morgen theils Garten,
theils Grünland

zum Antritt auf Mai ds. Js. verkaufen.

Die vorbezeichneten Immobilien können
zusammen oder auch einzeln, wie vor-
stehend unter 1 und 2 bezeichnet, verkauft
werden und wird noch bemerkt, daß die
unter 2 vorstehend aufgeführte Befizung
sich vorzüglich für einen Gärtner eignet.Ferner will Herr Japfe unter der Hand
verkaufen:

- a. das an der Werfstraße zu
Bant belegene Haus, worin
Herr Hiegrad ein Ge-
lantenwaaren- und Herr
Evers ein Kolonialwaaren-
Geschäft betreibt,
- b. das an der Verlängerten
Roonstraße zu Bant be-
legene Haus in welchem
bisher ein Möbelverkauf-
Geschäft betrieben worden
ist,
- c. das an der Kirchstraße zu
Bant belegene Haus, sowie
mehrere Bauplätze daseibst,
- d. das zu Kopperhöden be-
legene, zu vier Wohnungen
eingetragene Haus.

Die Kaufpreise sind niedrig gestellt und
kann ein großer Theil des Kaufpreises
gegen übliche Zinsen stehen bleiben.

Neuende, 26. Februar 1895.

H. Gerdes,

Auktionator.

Zu vermietendie von Herrn Lehrer Davel oft benutzte
Wohnung in der Brunnenstraße, bestehend
aus 5 Räumen, nebst Keller, Boden und
Zubehör, sowie Garten zum 1. Mai d. J.;
ferner eine Wohnung, bestehend aus
3 Räumen nebst Stallung zum 1. Mai.
Zu erfragen bei

C. Schulz, Gefäßhof.

Immobilien-Verkauf.Im Auftrage der Erben des weil.
Schmiedemeisters Meyer in Wilhelmshaven
werde ich deren daseibst, Bismarck-
straße 54, belegenes**Gebäude**am Mittwoch den 27. ds. Mts.
Abends 7 Uhrin Oldenburger's Wirthshaus an der
Bismarckstraße öffentlich meistbietend zum
Abbruch verkaufen.

Heppens, 26. Februar 1895.

H. Reiners.**Zu vermieten**zum 1. Mai ds. Js. verschiedene
Wohnungen in Heppens, Wilhelmshaven
(Krummstraße) und Bant im Preise
von 120, 125 und 150 M. p. Anno.
Heppens, 25. Februar 1895.**H. Reiners.****Zu vermieten.**Die beiden Unterwohnungen in dem
am Panter Wege zu Belfort belegenen
Hause des Aufseher's Behrens sind zu
Mai ds. Js. entweder zusammen event.
bei einzelnen Wohnungen zu vermieten.
Herr Behrens ist auch nicht abgeneigt,
das Haus bei ganz geringer Anzahlung
zu einem sehr billigen Preise zu
verkaufen.

Neuende, 26. Februar 1895.

H. Gerdes, Auktionator.**Zu vermieten**zum 1. Mai eine vierräum. Stagen-
wohnung mit Zubehör und kleinem
Gärtchen zum Preise von 255 M.

Näheres bei

P. März, Hinterstraße 20.**Gutes Logis für einen jg. Mann**
Börtenstraße 23, 2 l.**Abhanden gekommen
ein kleiner Mopschund.**Erkennungszeichen: Lederhalsband mit
Schelle. Es wird gebeten, denselben ab-
zugeben bei Köhler, N. Wilhelmsh. Str. 8.**Nur noch kurze Zeit**zu Auktions- und Taxpreisen
gänzlicher**Ausverkauf**

wegen Aufgabe des Geschäfts.

**Waarenhaus für
Gelegenheitskäufe**
Marktstraße 25Vorhanden sind noch:
**Konfirmanden-Anzüge,
Herren- und
Arbeiter-Garderoben,
Unterzeug und
Schuhwaaren.****Echtblaue Cheviot-Anzüge,
Echtblaue Serge-Anzüge,
Echtblaue Diagonal-Anzüge,
Echtblaue Duffel-Anzüge,**

in vortrefflicher Güte,

empfiehlt als Spezialität fertig und nach Maß
zu sehr billigen Preisen.**Siegmund Dß junior.****Zu vermieten.**

Die in Bant belegenen, von Herrn Zeeck bewohnten

Wirthschafts-Lokalitätenhabe zum Antritt per 1. Mai d. J. noch zu vermieten.
Auch bin ich bereit, das Haus unter sehr günstigen Be-
dingungen zu verkaufen.**S. H. Meyer.****Arbeitszeug**für Herren und Knaben, in Leinen, Köper,
Fünfkamm, Englisch-Leder, Manchester und
allen anderen Stoffen — größtentheils eigener
Anfertigung, daher vorzügliche Näharbeit —
liefert billigt**Siegmund Dß junior.****Frischen fett. Speck**

à Pfund 50 Pfg.

empfiehlt

S. Vohs, Schlachtermeister,
Ulmenstraße 10.**Bierrädrig. Handwagen**

billig zu verkaufen.

Kiehlstraße 68, p. r.

Damen-Hemde

mit schöner Spitze

50 Pf.**Georg Aden, Bant.****Beste trockene
geräuch. Schinken**bei Abnahme von ganzen Schinken à Pfund
70 Pf. empfiehlt**E. Langer,**
Neuendstraße 10.**Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Bant.**Mittwoch den 27. Februar
Abends 8 Uhr**Versammlung**

im Vereinslokal „Zur Arche“.

Da die Wahl des Belegirten
zur Generalversammlung nach
Ragdeburg stattfindet, werden die
Mitglieder ersucht, recht zahlreich
zu erscheinen.Das Uebrige in der Versamm-
lung. Der Vorstand.